

## BUCHBESPRECHUNGEN

---

### **Eine völlig gescheiterte Schulreform?**

Rezension von: Tomáš Cvrček, *Schooling under control. The origins of public education in Imperial Austria 1769–1869 (Economy and History 1)*, Mohr Siebeck, Tübingen 2020, 301 S., gebunden, 60,70 €; ISBN 978-3-1659-267-6

---

Die Geschichte des Schulwesens in der Habsburgermonarchie hat immer wieder das Interesse von Historikern geweckt, nicht nur von jenen, die sich speziell mit der Bildungsgeschichte befassen. Allerdings bildet in der rezent erschienenen wissenschaftlichen Literatur der Zeitraum von der liberalen Schulreform von 1869 bis zum Ende der Monarchie eindeutig einen Schwerpunkt. Die vorangegangene Periode hingegen wurde vor allem in der älteren Literatur mit Bezug auf die gesamte Monarchie oder jedenfalls deren „österreichischen“ Teil, also unter Ausklammerung der Länder der ungarischen Krone, behandelt, wobei allerdings für das heutige Österreich eine sehr grundlegende vielbändige Geschichte des Bildungswesens seit geraumer Zeit vorliegt. Was jedoch all diesen Studien abgeht, ist ein elaborierter quantitativer Ansatz der sich entsprechender statistischer Modelle bedient. Der an der UCL School of Slavonic and East European Studies in London lehrende Wirtschaftshistoriker Tomáš Cvrček hat in seinem neuen Werk genau einen solchen Zugang gewählt. Seine Gesamtdarstellung um-

fasst die „vorliberale“ Periode von der mariatheresianischen bis zum Reichsvolksschulgesetz von 1869. Die Länder der ungarischen Krone bleiben ausgeklammert.

Die Studie basiert primär auf der Auswertung zeitgenössischer Statistiken zum Pflichtschulwesen, ergänzt durch einige archivalische Quellen aus tschechischen Archiven. Die quantitativen Befunde werden zu den qualitativen der Sekundärliteratur in Bezug gesetzt. Im Vordergrund steht die Makroperspektive auf der Ebene der späteren Kronländer. Diese wird durch einige Detailanalysen von einzelnen Städten und Regionen ergänzt. Aus wirtschaftshistorischer Perspektive ermöglicht der quantitative Ansatz in besonders anschaulicher Weise, die Entwicklung des „Humankapitals“ während der Proto- und Frühindustrialisierung mit jener der wirtschaftlichen Performance der Monarchie, genauer genommen der „österreichischen“ Reichshälfte, in Beziehung setzen, die in den Arbeiten von David F. Good, John Komlos und anderen dokumentiert wurde.

Nun hat das österreichische Pflichtschulwesen aus der Zeit der „Reaktion“ bekanntlich in der Vergangenheit eine durchwegs negative Beurteilung erfahren. Kritisiert wurde die inhaltliche Enge der Lehrinhalte, die auf die Erziehung „gehorsamer Untertanen“ gerichtet war, aber auch die unzureichende Lehrerausbildung, deren schlechte Bezahlung und die geringe Bereitschaft seitens der Herrscher und Regierungen, mehr Budget für das Schulwesen bereitzustellen. Für einen „military-fis-

cal state“, der die Habsburgermonarchie wie viele andere europäische Staaten noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war, überrascht dieser Befund allerdings nicht weiter. Nach Berechnungen des Autors gab der Staat selbst im Jahr 1865, also am Ende der betrachteten Periode, für Pflichtschulen nur 0,34% des BIP aus. Die gängige Finanzierung durch Schulpatron, Gemeinde und Eltern, manchmal ergänzt durch Mittel aus dem Schulfonds oder andere staatliche Hilfen, ließ keine ausreichenden Mittel erwarten.

Es verwundert daher auch nicht, dass diese Kritikpunkte an der habsburgischen Schulpolitik in Cvrček's Buch eine quantitative Bestätigung finden. Tatsächlich war die postjosephinische Politische Schulverfassung von 1805 von der Angst vor „gemeinschädlicher Verstimmung der Gemüter durch schiefe Aufklärung, unverdaute Lektüre und gelehrte Theorien“ geprägt. Der starke Einfluss der katholischen Kirche tat ein Übriges, um die strukturellen Defizite lediglich zu mildern, aber nicht grundlegend zu überwinden. Diese Defizite waren vielfältig. Selbst die vom vormärzlichen Regime angestrebte, nicht allzu ambitionierte Steigerung der Zahl der Trivialschulen gelang vor 1848 nur langsam, die erwünschte Zahl der „eingeschulten“ Orte wurde nicht erreicht. Das Grunddilemma lag darin, dass die einzelnen Gemeinden nicht gezwungen werden konnten, Schulen zu errichten, aber wenn diese vorhanden waren, diese dann unter strikten staatlichen Auflagen und Kontrollen litten. So bemühten sich sogar adelige Schulpatrone zum Teil erfolglos um mehr Unterricht in den „realistischen Fächern“. Die Bezahlung der Lehrer in den Pflichtschulen war äu-

ßerst dürftig und ohne Zuverdienst durch Kirchendienst oder andere Nebenbeschäftigungen zumindest in den ländlichen Regionen existenzbedrohend niedrig. Für Lehrer war ein Anstellungswechsel äußerst wichtig, da die bei der Anstellung vereinbarten nominellen Löhne auch bei hoher Inflation nicht angepasst wurden. Lehrerinnen fanden im betrachteten Zeitraum vor allem in Städten und dort in Privatschulen Anstellung, zumeist lediglich für „weibliche Handarbeiten“. Besser war ihre Situation nur im italienischsprachigen Raum. Die Benachteiligung tschechischsprachiger („slavischer“) Schulen, wie Cvrček belegt, bestand nicht in ihrer geringeren Zahl, sondern in der Ausstattung und den Lehrergehältern. Allen Trivialschulen gemein war eine überbordende Zahl von Kindern pro Klasse, die sinnvollen vertieften Unterricht kaum zuließen. Dazu kamen die vielen Schulbefreiungen im ländlichen Raum, die Überbelastung von Arbeiterkindern, die harte Kinderarbeit und Schule unter einen Hut bringen sollten. Nicht zu vergessen bestand auch ein beträchtlicher Gender Gap, was den Zugang von Mädchen zu Pflichtschulen anlangt.

Im Gegensatz zu älteren Darstellungen bezieht Cvrček die mariatheresiansche Reform in seine zum Teil sehr harsche Kritik an der Entwicklung des Pflichtschulwesens in der Habsburgermonarchie mit ein. Im Wesentlichen stützt sich diese auf zwei Argumente: die geringe Durchsetzung der Schulpflicht und die bereits erwähnte mangelnde finanzielle Fundierung des Schulwesens. Für die Schulpflicht vergleicht der Autor Bevölkerungszahlen aus den Konstruktionen mit der publizierten Zahl schulpflichtiger und die Schulen besuchender Kinder. Die Bi-

lanz der Reform fiel demnach sehr ernüchternd aus. Nach Berechnungen des Autors waren 1780 lediglich 10% der Schulpflichtigen 1,74 Millionen Fünf- bis Zwölfjährigen auch in Pflichtschulen eingeschrieben, selbst in Niederösterreich lediglich 29%. Noch 1865 soll in Niederösterreich die Lücke zwischen den von den Schulbehörden erfassten und tatsächlich Schulpflichtigen laut Volkszählung fast 35.000 von 219.000 betragen haben. Das sind doch von den bisherigen Zahlen in der Sekundärliteratur stark abweichende, sehr geringe Werte, denn in der älteren Literatur findet sich die Aussage, dass am Vorabend der 1848er-Revolution fast alle schulpflichtigen Kinder in den österreichischen Alpenländern, mit Ausnahme der Untersteiermark und der böhmischen Länder, auch eine Schule besuchten. Wie ist diese Differenz zu erklären?

Nun ist die oben getroffene Aussage dahingehend zu relativieren, dass der Schulbesuch zum Teil sehr ungenügend passierte, sowohl was die vorgesehene Schuldauer von sechs Jahren als auch den unterjährigen Besuch in den Erntemonaten betrifft. Cvrček kommt darauf selbst am Beispiel Tirols zu sprechen. In diesem Land sorgte der verbreitete halbtägige Unterricht für eine hohe „enrollment ratio“, der kein entsprechend ausreichender Schulbesuch entsprach. Eine ähnliche Wirkung hatten sicherlich auch auf Druck der Eltern zu Stande gekommene Schulabbrüche nach nur drei oder vier Schuljahren, denen die Schulbehörden zu wenig Widerstand entgegengesetzten. Ein völliger Nicht-Besuch von Pflichtschulen kam aber in den 1840er-Jahren in den ökonomisch entwickelten Kernländern wohl nur mehr selten vor. Das erklärt zumindest bis zu

einem gewissen Grad die durchaus nicht ungünstige ökonomische Performance während der Frühindustrialisierung trotz dieser Mängel im Bildungswesen.

Mag die Beurteilung dieser „Teilschulpflichtigen“ noch Ansichtssache sein, ist dem Autor allerdings ein gravierender statistischer Fehler unterlaufen, der die starken Abweichungen seiner Berechnung von der bisherigen Sekundärliteratur weitestgehend erklärt. Die Schulpflicht in „Österreich“ betrug vor 1869 sechs Jahre. Für die Berechnung des Anteils der schulpflichtigen Kinder hätte Cvrček also Schätzungen aus den Konskriptionen der Sechs- bis unter Zwölfjährigen vornehmen müssen, tatsächlich ging er aber wohl von den Sechs- bis unter 13-Jährigen aus, wie ein Abgleich für Wien im Jahr 1865 ergab. Nach Angaben des Autors wären noch 1865 rund 17.000 Schüler im damaligen Stadtgebiet nicht in die Pflichtschule gegangen, eine völlig unglaubwürdige Zahl. Nimmt man die Daten der Sechs- bis unter Zwölfjährigen aus der Volkszählung von 1869, der ersten modernen Volkszählung, und vergleicht diese mit den Daten der Schulbehörden, wie sie sich aus der vom Autor herangezogenen „Detail-Conscription“ von 1865 erschließen lassen, beträgt der Unterschied lediglich 2.000 – unter Berücksichtigung der Zuwanderung und des Geburtenbooms dieser Jahre ein für den Zeitraum 1865–1869 durchaus plausibler Anstieg.

Dem Autor wäre aber noch ein weiterer Gegencheck seiner Schätzungen zugänglich gewesen: die Alphabetisierungsraten laut Volkszählung 1890 nach Altersgruppen. 1890 waren von den im Zeitraum 1800–1809 in Cisleithanien Geborenen 37,5% Analphabe-

ten im engeren, 47% im weiteren Sinn (konnten nur lesen). In der Kohorte der 1840–1849 Geborenen betrug die entsprechenden Anteile 30,9 und 37%. Das spricht für keinen großen Erfolg des vormärzlichen Schulsystems vor den Reformen der späten 1860er-Jahre. Die Verhältnisse waren allerdings doch deutlich besser, als der Autor suggeriert. So lag im industriellen Kernland Niederösterreich die Alphabetenrate bei den 81- bis 90-Jährigen (also im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Geborenen) bei 22%, bei den 41- bis 50-Jährigen jedoch nur bei 6%. Berücksichtigt man die Zuwanderung aus Galizien, der Slowakei und anderen Teilen der Monarchie mit geringerem Bildungsstand, decken sich diese Werte durchaus mit den optimistischen Angaben aus der älteren Literatur. Zwar können die Ergebnisse der Volkszählungen der späten Habsburgermonarchie „geschönt“ sein – die hohe internationale Reputation der k. k. Statistischen Zentralkommission spricht allerdings eher dagegen –, aber ob Personen des Schreibens und Lesens nicht mächtig waren, entging den Erhebungsorganen vermutlich nur in seltenen Fällen.

Doch selbst wenn man den Volkszählungsergebnissen mit Bezug auf die Erhebung von Lesen und Schrei-

ben einen „Bias“ zurechnet, ist die Conclusio des Autors, die „Allgemeine Schulordnung“ von 1774 wäre „a brake on education“ (S. 267) gewesen, nicht nachvollziehbar. Nach der prononciert (manchester-)liberalen Position des Autors wäre es besser gewesen, auf das staatliche Pflichtschulwesen zu verzichten und Bildung, dem englischen Beispiel folgend, dem „Markt“ zu überlassen. Wie wenig das die mehrheitlich agrarische Bevölkerung der Habsburgermonarchie im späten 18. und im 19. Jahrhundert überzeugt hätte, illustriert der bäuerliche Widerstand gegen den Schulbesuch der Kinder in allen Teilen der Monarchie deutlich. Unter solchen Vorzeichen wäre es kaum bis 1913 zur flächendeckenden Alphabetisierung im westlichen Teil von Cisleithanien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8, Teil 1, S. 69) gekommen, einer „enrollment ratio“, die der amerikanische Historiker Gary Cohen als durchaus mit Deutschland vergleichbar annimmt.

So verdienstvoll die Arbeit des Autors mit Bezug auf die Erfassung der quantitativen Entwicklung des Schulwesens in der Habsburgermonarchie auch ist, kann der Conclusio des Autors schwerlich zugestimmt werden.

Andreas Weigl